

Pressemitteilung
Flensburg, 15.12.2023

Der Spardruck darf nicht auf den Rücken der Kinder ausgetragen werden

Beim letzten Jugendhilfeausschuss haben die anwesenden Mitglieder eine Resolution verabschiedet. In ihrer Stellungnahme fordern sie das Sozialministerium auf, der Empfehlung des Deutschen Vereins für staatliche und private Fürsorge e. V. nachzukommen.

Die Ausschussvorsitzende, Svea Wanger (SSW), äußert sich wie folgt dazu:

“Es ist für die Kommunen zunehmend schwieriger geworden, geeignete Pflegefamilien zu akquirieren. Zudem ist bekannt, dass die stationären Hilfen vielerorts massiv überlastet sind. Die Aufnahme von Pflegekindern in die eigene Familie ist sowohl mit hohen persönlichen als auch finanziellen Anforderungen verbunden, um eine bestmögliche Erziehung der Kinder gewährleisten zu können. Nur durch das unermüdliche Engagement jeder einzelner Pflegeeltern ist dies umsetzbar. Diese Familien verändern ihre eigene Lebenswelt, um Kindern in Not ein Zuhause zu geben. Die wirtschaftlichen Veränderungen als auch Herausforderungen haben gezeigt, dass "das Leben" teurer geworden ist. Daher sollte es selbstverständlich sein, dass diese Familien eine angemessene gesellschaftliche Unterstützung erfahren, insbesondere finanziell.“

Der 1. stellv. Vorsitzende, Tobias Lentz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), ergänzt wie folgt:

“Der Spardruck darf nicht auf den Rücken der Kinder ausgetragen werden. In diesen teuren Zeiten dürfen wir Familien nicht unnötig behindern, wenn sie sich aktiv dazu entscheiden, Kinder aufzunehmen. Gerade in dieser Weihnachtszeit werden einige Familien unschöne Nachrichten erhalten.

Sollte Schleswig-Holstein einen finanziellen Sonderweg gehen, werden vor allem die Kommunen an den Landesgrenzen zu Niedersachsen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sich dieser Herausforderung stellen müssen.“

Der jugendpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Timo Schwendke, fügt hinzu:

“Uns fehlen jetzt schon Pflegeeltern, und mit dieser Entscheidung des Sozialministeriums dürfte es zukünftig noch schwieriger werden, Eltern für diese verantwortungsvolle Aufgabe zu gewinnen. Das kann in meinen Augen nicht im Sinne unserer Gesellschaft sein, da wir nicht nur über die Pflegeeltern, sondern auch über die Pflegekinder sprechen, denen hierdurch Chancen für ihre Zukunft genommen werden!“